

**O**ft menschlich nichtfaßlich den reaktionären und aggressiven Kräften in der BRD, Unverbesserlichen und Unvernünftigen die erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus in der DDR, der anhaltende Entspannungsprozess und die positiven Ergebnisse bei der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz in Europa. Wie sonst wären die forcierte antikommunistische Hetzkampagne gegen die DDR, die Kette von Grenzprovokationen und Anschlägen auf die Staatsgrenze der DDR vom Territorium der Bundesrepublik aus sowie die Aufmärsche der Neonazis in Hamburg und Frankfurt/Main in der jüngsten Vergangenheit zu erklären.

So drangen Ende Mai Provokateure in das Staatsgebiet der DDR ein und beschädigten Grenzsicherungsanlagen. Für abgebaute Sicherungsanlagen erhielten sie von der antikommunistischen „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ 3000 DM „Honorar“. Am 13. Juni drangen bewaffnete Angehörige des Bundesgrenzschutzes vorwiegend in die DDR ein, um Grenzanlagen auszuspähen. Tag für Tag wird die Staatsgrenze der DDR von Personen, die vom Territorium der BRD aus kommen, illegal überschritten und bewußt verletzt. In nicht gekanntem Ausmaß werden die Neonazis in der BRD politisch mobil. An den letzten Wochenenden fanden in Hamburg und Frankfurt/Main Faschistenaufmärsche unter dem Schutz der dortigen Bereitschaftspolizei statt. Unter Mißachtung der Forderungen der demokratischen Öffentlichkeit überließen die Behörden dieser Städte der NPD und anderen faschistischen Verbänden die Strafe. So sah sich denn auch der NPD-Bundesorganisationsleiter, Seetzen, ermutigt, vor seinen fanatischen Anhängern die „Revision aller Grenzen Europas“ und die „Wiederherstellung der Grenzen der Vorkriegszeit“ zu fordern.

Wer jedoch glaubte, die Ordnungshüter der BRD würden solche Veran-

# Tatsachen und Beweise

## Warum ist die „deutsche Frage“ längst gelöst?

Von Genossen Dr. Horst Kapson, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften

staltungen und Aufmärsche untersagen oder auflösen, sah sich erneut enttäuscht. Ganz im Gegenteil, die demonstrativen Bekundungen der Neonazis standen nicht nur unter dem Schutz der Polizei, sondern die dagegen demonstrierenden Antifaschisten und Demokraten wurden niedergeknüpelt sowie mit Schlagstöcken und Fußtritten behandelt. Auch die bisher letzte Aktion in der Kette der Provokationen ist unter dem gleichen Vorzeichen geplant

worden. Mitglieder und Nachläufer der „Jungen Union“, der CDU/CSU-Jugend in der BRD, wurden zusammengetrommelt, um aus Anlaß des 15. Jahrestages der Sicherungsmaßnahmen im August 1961 an der Grenze von Westberlin zur Hauptstadt der DDR, Berlin zu provokieren. Die Omnibusse mit den Teilnehmern, die durch eine Prämie von 35 DM offizielle „Zusendungen“ erhielten, wurden an der Staatsgrenze der DDR gestoppt und wieder zurückgeschickt.

Es bestand hinreichender Verdacht für einen Mißbrauch der Transitwege, so daß die Zurückweisung gemäß des Artikels 16 des Abkommens zwischen der Regierung der DDR und BRD über den Transitverkehr zwischen der BRD und Berlin/West erfolgte. Die Bundesregierung, deren Pflicht es gewesen wäre, die geplante Provokation zu unterbinden, sah sich jedoch vielmehr veranlaßt, bei der Regierung der DDR einen offiziellen Protest wegen angeblicher Be-

hinderung von Transitreisenden anzumelden.

Die herrschenden politischen Kräfte in der BRD sind aber sehr schlecht beraten, wenn sie, meinen, ihren verschärfte von Antikommunismus bestimmten Wahlkampf durch Provokationen gegen die DDR und die Entspannungspolitik zu bereichern. Daß es offensichtlich so beabsichtigt ist, bestätigt die bürgerliche „Stuttgarter Zeitung“ in ihrem Leitartikel vom 10.8.1976. Darin wird festgestellt: „Die Deutschlandpolitik droht langsam zu einem Wahlkampfthema zu werden, an dem jede Partei beweisen will, daß sie am härtesten mit der DDR „umspringen“ kann“.

Niemand wird bei der Konstatierung der gezielten Provokationen, dem verschärfte Antikommunismus und den Neonaziaufmärschen übersehen können, daß die Ausführenden keinerlei Behinderungen unterliegen, sondern vielmehr Rückendeckung erhalten und sich politischer Begründungen durch Herrschende und Regierende in der BRD in ihren Handlungen sicher sind. Wer fortwährend die revanchistische These als offizielle Staatspolitik propagiert, die Grenze zwischen der DDR und der BRD sei keine Staatsgrenze im Sinne des Völkerrechts, sondern eine Grenze wie zwischen Bundesländern – laut Festlegung des Karlsruher Bundesgerichts von 1975 – der ermuntert zur Verletzung der Staatsgrenze und zu Provokationen gegen die DDR. Auch Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher, die ständig die Grenze zwischen der DDR und BRD als „innerdeutsche Grenze“ erklären und festgesetzt vom „Offenhalten der deutschen Frage“ sprechen, sollten wissen, daß sie damit all jenen „Absolution erteilen“, die Provokationen gegen die DDR inszenieren. Das steht aber zugleich im Widerspruch zu den zwischen der DDR und BRD abgeschlossenen Verträgen und der Schlußakte von Helsinki. Es ist kein Zufall, daß die Prinzipien, die die Unverletzlichkeit der Grenzen und die territoriale Integrität

der Staaten betreffen, am Anfang des Helsinki-Dokuments verzeichnet sind. Erich Honecker hat deshalb in Helsinki erklärt, daß die Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen der Prüfstein dafür bleibt, ob eine Politik wirklich dem Frieden und damit den Interessen der Menschen dient. Das ergibt sich sowohl aus den historischen Erfahrungen als auch aus den aktuellen Erfordernissen. Es ist nach wie vor in bitterer Erinnerung, daß die zwei Weltkriege durch Gebietsforderungen und die Verletzung von Staatsgrenzen durch den deutschen Imperialismus und Militarismus ausgelöst wurden. Die aggressiven Handlungen begannen immer mit der Verletzung von Staatsgrenzen. Im gleichen Lichte ist auch die Aufrechterhaltung der These vom „Offenhalten der deutschen Frage“ zu beurteilen. Solange wie versucht wird, die „deutsche Frage“ offenzuhalten, hängt man offensichtlich der trügerischen Illusion nach, etwas verändern zu können. Nach den jüngsten Provokationen und Forderungen der reaktionären und revanchistischen Kräfte in der BRD zielt die Veränderung auf die Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten und der nach 1945 geschaffenen Realität in Europa überhaupt. Zu der „deutschen Frage“ selbst hat die Geschichte längst ihr Wort gesprochen. Die Bundesrepublik hat mit ihrer Gründung im Mai 1949 gleichzeitig ihre Ostgrenze völkerrechtlich bestimmt. Heute existieren zwei voneinander unabhängige souveräne deutsche Staaten, deren gesellschaftliche Ordnungen völlig unterschiedlichen Charakters sind. In der DDR entwickelt sich die sozialistische deutsche Nation. Sie ist ein untrennbarer Bestandteil der Gemeinschaft der sozialistischen Länder und selbständiges Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen. Daraus ergibt sich, daß die Beziehungen nicht „besondere innerdeutsche“ sein können, sondern daß allein die Politik der friedlichen Koexistenz die Grundlage für die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und BRD sein kann.



Argument

Dr. Ingeborg Schwedler, Sektion Marxismus-Leninismus

# Zu Notwendigkeit und Wesen der Diktatur des Proletariats

Im Programm der SED, das auf dem IX. Parteitag beschlossen wurde, heißt es:

„Die Politik der SED ist auf die weitere allseitige Stärkung des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern als einer Form der Diktatur des Proletariats gerichtet, die die Interessen des ganzen Volkes der DDR vertritt.“

Damit wird das Wesen der politischen Organisation unserer Gesellschaft eindeutig und auf der Grundlage eines politischen Begriffes charakterisiert, der seit Jahrzehnten zum unveränderlichen Bestand des Marxismus-Leninismus gehört.

Der Begriff Diktatur des Proletariats hat für uns deshalb so große Bedeutung, weil er sowohl auf dem tiefen theoretischen Eindringen der Klassiker des Marxismus-Leninismus in die Fragen der Macht beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus als auch auf den revolutionären Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung beruht. Dabei handelt es sich um Erfahrungen, die von der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune über die siegreiche Große Sozialistische Oktoberrevolution sowie die Höherentwicklung des revolutionären Weltprozesses nach dem 2. Weltkrieg bis in die Gegenwart reichen. Sowohl die Siege der revolutionären Arbeiterbewegung, aber nicht zuletzt auch ihre Niederlagen haben die Auffassungen von der Notwendigkeit und vom Wesen der Diktatur des Proletariats im Laufe der Jahrzehnte bereichert.

Um diesen politischen Schlüsselbegriff wurden aber auch über Jahrzehnte und werden bis in unsere Tage die heftigsten ideologischen Auseinandersetzungen geführt.

Da die Diktatur des Proletariats dem Wesen nach die politische Herrschaft der Arbeiterklasse ist, ist es allerdings nicht schwer zu verstehen, warum um ihre Notwendigkeit und um ihren Inhalt immer wieder von neuem heftig gestritten wird.

Schon im Kommunistischen Manifest wird von Marx und Engels festgestellt, daß die Machtfülle die Kernfrage jeder Revolution ist und daß die sozialistische Revolution die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse zur Voraussetzung hat. Die Geschichte hat seitdem immer von neuem bewiesen: Kampf um die Brechung der bürgerlichen Staatsmacht und Errichtung der Macht der Arbeiterklasse, das ist der Hauptinhalt der proletarischen Revolution.

Warum ist das so? Warum ist die Diktatur des Proletariats objektiv notwendig? Warum handelt es sich hier also um eine allgemeingültige Gesetzmäßigkeit?

Well der Kapitalismus auch in seinem höchsten und letzten Stadium, auch

unter den Bedingungen der sich immer mehr verschärfenden allgemeinen Krise seines Systems nicht automatisch zusammenbricht.

Die Monopolbourgeoisie war weder in der Vergangenheit, noch ist sie heute bereit, auf ihre Herrschaft freiwillig zu verzichten. Im Gegenteil, die Erfahrungen der revolutionären Bewegung der letzten Jahre haben anschaulich vor Augen geführt: Falls sich eine reale Gefahr für die Herrschaft des Monopolkapitals und seiner Strömungen ergibt, ist der Imperialismus zu allem bereit, wobei er selbst den geringsten Anschein von Demokratie beiseite wirft.<sup>1)</sup>

Dieser reaktionären, den Fortschritt hemmenden Gewalt des Imperialismus muß die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten in der Revolution die revolutionäre, den Fortschritt fördernde Gewalt entgegenzusetzen.

Die Logik des Klassenkampfes besteht darin, daß er bis „zu der Alternativen führt: entweder den bürgerlichen Staat zu zerschüttern“ oder selbst zerrüttern und erwürgt werden.“<sup>2)</sup>

Der Gewalt der Ausbeuter – und politische Gewalt ist ein Produkt der Ausbeutergesellschaft – muß die Arbeiterklasse die Gewalt der Ausgebeuteten entgegenzusetzen.

Die Annahme, daß es eine gewaltlose Revolution geben könnte, ist utopisch.

Gewalt ist jedoch nicht identisch mit bewaffnetem Aufstand oder Bürgerkrieg.

Die Anwendung von Gewalt kann und muß, wie die Anwendung der Diktatur des Proletariats überhaupt, vielfältige Formen haben. Wie die Zerschlagung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie erfolgen muß, aber auch wie die Herrschaft der Arbeiterklasse gesichert wird, ist von der konkreten historischen Situation abhängig, das heißt sowohl vom nationalen als vom internationalen Kräfteverhältnis, von nationalen Traditionen und nicht zuletzt vor allem vom Maß des Widerstandes, den die Bourgeoisie dem Klassenkampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten noch entgegenzusetzen vermag.

So machte es zum Beispiel die Härte der Klassenauseinandersetzung nach

der Oktoberrevolution notwendig, daß solche Parteien wie die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, die offen auf die Seite der Konterrevolution übergingen, aus dem politischen Leben ausgeschaltet werden mußten. Unter den Bedingungen des veränderten Kräfteverhältnisses nach dem zweiten Weltkrieg dagegen war es bekanntlich in einer Reihe von Ländern, die den Weg zum Sozialismus beschritten, so auch in der DDR, möglich, die Diktatur des Proletariats als Mehrparteiensystem zu verwirklichen, und das gegenwärtige internationale Kräfteverhältnis, die Veränderung der internationalen Lage zugunsten der Verwirklichung einer Politik der friedlichen Koexistenz erschließt sicherlich weitere Möglichkeiten einer relativ friedlichen Entfaltung der Revolution.

Man darf aber die Begriffe „friedlicher Verlauf der Revolution“ und „gewaltlose Revolution“ nicht gleichsetzen. Man darf sie ebensowenig gleichsetzen, wie man die Begriffe Diktatur des Proletariats und Demokratie als unveränderbar entgegenzusetzen darf.

Gerade darauf laufen aber die Entstellungen des Wesens der Diktatur des Proletariats in Vergangenheit und Gegenwart hinaus.

Lenin wies bereits in seiner Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ nach, daß es sich bei der Auseinandersetzung um die Diktatur des Proletariats nicht darum handelt, ob ein demokratischer oder ein diktatorischer Weg, das heißt also ein „friedlicher“ oder „gewaltsamer“ Weg zum Sozialismus eingeschlagen werden soll, sondern daß es sich um die Anerkennung der Notwendigkeit der Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen Staat, der bürgerlichen Demokratie durch die proletarische Demokratie handelt.

Lenin betont, „daß man nicht von reiner Demokratie sprechen kann, solange es verschiedene Klassen gibt, daß man da nur von Klassendemokratie sprechen kann“.<sup>3)</sup>

Und man muß heute ebenso wie damals fragen: Was ist das im Imperialismus für eine Demokratie, die in Hamburg einerseits den Faschisten Polizeischutz für „freie Versammlung“ und weiteren Ausbau ihrer internationalen Verbindungen gewährt und an-

dererseits die Antifaschisten mit Schlagstöcken und „chemischen Keulen“ auf das brutalste niederknüpelt.

Täglich beweist die imperialistische Wirklichkeit von neuem, daß Rechte und Freiheiten der Werktätigen, das heißt also eine Erweiterung der Demokratie für die Werktätigen nur im Kampf gegen die Allmacht der Monopolbourgeoisie durchgesetzt werden kann, ein Kampf, der bis zur Brechung ihrer Diktatur weitergeführt werden muß. „Die Erfahrungen lehren, daß gesellschaftliche Fortschritt jedoch ohne Überwindung dieser Klassendiktatur nicht möglich ist.“<sup>4)</sup> Zugleich kann bei uns täglich jeder von neuem erfahren, daß die Diktatur des Proletariats tatsächlich die Interessen des ganzen Volkes vertritt.

Auf der Grundlage der politischen Macht der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln haben alle Bürger unserer Republik in gleicher Weise ein Interesse daran, daß:

1. die Errungenschaften des Sozialismus zuverlässig gegen Anschläge des Imperialismus geschützt werden. Angesichts der in jüngster Zeit sich häufenden Grenzprovokationen ein Interesse, das es mit besonderem Nachdruck hervorzuheben gilt.

2. der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, das heißt also die Gestaltung unserer von Ausbeutung, sozialer Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Krisen sowie geistiger Manipulation befreiten Gesellschaft unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse<sup>5)</sup> weiterhin so erfolgreich voranzutreiben, wie das die Bilanz des IX. Parteitages ausweist.

Das Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und auf dem Wege zum Kommunismus ist aber der Staat.

„Die Haupttrichtung; in der sich die sozialistische Staatsmacht entwickelt, ist die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie. Die in vielfältigen Formen erfolgende Mitwirkung der Bürger an der Leitung des Staates und der Wirtschaft wird immer mehr zum bestimmenden Merkmal des Lebens im Sozialismus.“<sup>6)</sup>

Unsere Wirklichkeit bestätigt die Feststellung Lenins: „Die proletarische Demokratie ist millionenfach demokratischer als jede bürgerliche Demokratie.“<sup>7)</sup>

Literatur:

- 1) Programm der SED, ND, v. 25. 5. 1976, S. 6, Sp. 1
- 2) Breshnew: Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag, Presse der Sowjetunion 9/1976, S. 21
- 3) Lenin: Zwei Welten... in Werke Bd. 16, S. 311
- 4) Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Werke Bd. 28, S. 240
- 5) Bericht des ZK der SED an den IX. Parteitag, Berichterstatler: Genosse Erich Honecker, Bln. 1976, S. 25
- 6) Programm der SED, a. a. O., S. 6, Sp. 1
- 7) Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, a. a. O., S. 247



Franz Loeser „Mord auf Befehl“

Warum mußten die Rosenbergs sterben? Unkonkret. Band 24. Vorwort von Michael und Robert Meeropol. Nachwort von Cedric Belfrage. Mit zahlreichen Fotos von mehreren Fotografen. Etwa 128 Seiten. Broschiert 3,40 Mark.

Der Autor Franz Loeser schrieb das Buch „Mord auf Befehl“ aus aktuellem Anlaß, denn wie bekannt ist, bemühen sich die Söhne der Rosenbergs seit längerer Zeit, den 1953 an ihren Eltern begangenen Justizmord aufzuklären und sie völlig zu rehabilitieren. Prof. Dr. Loeser, der Mitglied des Präsidiums des Deutschen Friedensrates sowie Vorsitzender des Paul-Robeson-Komitees der DDR ist, will mit diesem Buch Zusammenhänge und Umstände erläutern, die trotz weltweiter Proteste den Justizmord ermöglichten. Es soll gleichzeitig die internationale Kampagne zu ihrer Rehabilitierung von Seiten der DDR wirksam unterstützen.

In dieser Darstellung schildert der Verfasser auch kurz die Justizskandale um den Hauptmann Dreyfus (1900) und die Gewerkschaftsführer und Arbeiterfunktionäre Sacco und Vanzetti (1927).

WILLENSERKLÄRUNG (Auszug)

der Teilnehmer an der Beratung des Gewerkschaftsaktivs der TU

Wir, die Teilnehmer der Beratung des Gewerkschaftsaktivs der Technischen Universität Dresden beschließen die gewerkschaftliche Stellungnahme zum Entwurf des Planes 1977. Verlauf und Ergebnisse der Pflandiskussion zeigten; daß die Bilanz und die Beschlüsse des IX. Parteitages der SED begeisterte Zustimmung unserer Wissenschaftler, Arbeiter und Angestellten gefunden haben. Groß ist die Zahl neuer Initiativen und Verpflichtungen zur Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages.

Voller Empörung wenden wir uns gegen die wachsende Aufbebung und Aufputschung der Bürger der BRD durch Hetzveranstaltungen, durch voller Haß gegen die DDR erfüllte Reden sowie durch einen großen Teil der Massenmedien der BRD, die sich immer mehr als Sprachrohre der reaktionärsten, aggressivsten und antikommunistischen Kräfte des westdeutschen Imperialismus entlarven.

Wir fordern mit aller Entschiedenheit von den politisch verantwortlichen Kräften der BRD, Schluß zu machen mit der Haßkampagne und systematischen Hetze gegen die DDR, die zu feindseligen Handlungen gegen die DDR ermuntert. Wir fordern, dafür zu sorgen, daß die provokatorischen Anschläge gegen die Staatsgrenze der DDR eingestellt und unterbunden werden und das im Moskauer Vertrag, im Grundlagenvertrag und in der Schlußakte von Helsinki niedergelegte Prinzip der Unverletzlichkeit und der Achtung der territorialen Integrität

eingehalten wird.

Das Wutgeschrei der Antikommunisten und Faschisten in der BRD und die Haltung der Kräfte, die ihr Treiben gutheißen, unterstützen oder dulden, bestärkt uns im Streben noch mehr zu tun zur Erhöhung des Niveaus unserer Arbeit zur ideologischen Auseinandersetzung mit allen Formen feindlicher Ideologie, ist uns Anlaß, unsere politische Wachsamkeit und die Anstrengungen zum Schutze unserer sozialistischen DDR und zu ihrer allseitigen Stärkung zu verdoppeln.

Es findet unsere volle Zustimmung, wenn festgestellt wird; daß die Feinde der Entspannung auch mit Erpressungsversuchen, wie der Drohung mit ökonomischem Druck, bei der DDR keinen Eindruck schinden können. In dieser Situation zeigt sich erneut, wie gut es ist, fester Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft zu sein und uns ökonomisch immer stärker mit der großen Sowjetunion zu verflechten. Wir ziehen auch aus den Drohungen die Lehre, in unserer täglichen Arbeit noch entschlossener zur Verwirklichung der begeisterten Beschlüsse des IX. Parteitages der SED, zur Verwirklichung der Hauptaufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion beizutragen, wie das in unserem Beschluß zur Führung des sozialistischen Wettbewerbs nach dem IX. Parteitag der SED zum Ausdruck kommt.

Dresden, den 10. August 1976